IMT Nuremberg Archives

H – 2920

International Court of Justice

H2920 – 0001

H2920 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 20 July 1948

I certify that Document Number 1443-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-346 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H2920 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1443-PS No. USA-346 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the OCCWC Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg.

Paul Joosten

Nuremberg, 15 July 1948

PAUL A. JOOSTEN
General Secretary
International Military
Tribunal

H2920 – 0004

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 376
Filed 2018, 1945

Web

Das Recht des Generalgouvernements

Dritte Auflage des Handbuches der Verwaltung

Zweiter Band

Bergverlag Krakau

Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit
I O N T

Eingetragen in den Bücherverzeichnis
[illegible] Bd. A-9

E810
this
E800

Zweiter Band

Inhaltsübersicht*)

Gruppeneinteilung
Verordnungsterte der Hauptgruppen E bis H

Anhang:
Das Recht des Distrikts Galizien

Gruppeneinteilung (Anhang)
Inhaltsverzeichnis (Anhang)
Verordnungsterte der Hauptgruppen Gal A bis Gal H

*) Einzuordnen nach dem Titelblatt zum Zweiten Band.

E8. Sicherstellung von Werten.

E800. Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates innerhalb des Generalgouvernements.

Vom 15. November 1939[1]).

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

§ 1. (1) Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des früheren polnischen Staates nebst Zubehör einschließlich aller Forderungen, Beteiligungen, Rechte und sonstiger Interessen innerhalb des Generalgouvernements wird zum Zwecke der Sicherstellung gemeinnütziger Werte aller Art beschlagnahmt[2])[3])[4]).

(2) Die Erfassung[5]), Verwaltung[6]) und Verwertung[7]) des beschlagnahmten Ver-

---

[1]) Verordnungsblatt GGV. S. 37; in Kraft getreten am 20. November 1939 (§ 3).

[2]) Das im Abs. 1 genannte Vermögen des früheren polnischen Staates ist damit kraft Gesetzes, ohne daß es noch einer besonderen Beschlagnahmeverfügung bedürfte, beschlagnahmt.

[3]) Durch Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. 1940 I S. 174) wurde für das Gebiet des Großdeutschen Reiches (einschließlich der eingegliederten Ostgebiete) und für die besetzten polnischen Gebiete ebenfalls die Beschlagnahme „des gesamten unbeweglichen und beweglichen Vermögens (nebst allem Zubehör) des bisherigen polnischen Staates einschließlich aller Forderungen, Beteiligungen, Rechte und Interessen aller Art“ ausgesprochen (§ 2 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1). Die Verordnung ist im Verordnungsblatt für das Generalgouvernement (A 100 § 5 Abs. 2, A 120 § 10) nicht verkündet worden. Siehe auch Note 9.

[4]) Kraft der Verordnung des Generalgouverneurs über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates vom 24. September 1940 (E 810) ist mit dem 9. Oktober 1940 (§ 5) das gesamte beschlagnahmte Vermögen des früheren polnischen Staates, soweit es innerhalb des Generalgouvernements gelegen ist, Eigentum des Generalgouvernements geworden (§ 1 Satz 1). Das Generalgouvernement erwarb das Eigentum unmittelbar kraft Gesetzes. Es handelt sich um ursprünglichen (originären), nicht um abgeleiteten (derivativen) Eigentumserwerb, was durch den Satz „Eine Rechtsnachfolge des Generalgouvernements wird hierdurch nicht begründet“ (§ 1 Satz 2) noch ausdrücklich hervorgehoben ist.

Dingliche Rechte Dritter an dem ehemaligen polnischen Staatsvermögen sind erloschen, soweit sie vor dem 20. November 1939 entstanden waren. Die Möglichkeit der Gewährung einer Entschädigung ist vorbehalten (§ 2 Abs. 2).

Für die Erfassung und Verwaltung gilt bis auf weiteres die Regelung aus der Zeit der Beschlagnahme (§ 3), für die Verwertung E 801 § 4 (Veränderungen an dem beschlagnahmten Vermögen) und E 810 § 4 (Verfügungen über das beschlagnahmte Vermögen und seine Erträge).

[5]) Vgl. Erste Durchführungsvorschrift (E 801) § 1 und § 7 Abs. 2. Hierbei verbleibt es bis auf weiteres auch unter Geltung der Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates vom 24. September 1940 (E 810).

[6]) Vgl. E 801 §§ 2 und 3, § 5 in Verbindung mit E 870, § 7 Abs. 2. Hierbei verbleibt es bis auf weiteres auch unter Geltung der Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates vom 24. September 1940 (E 810).

[7]) Vgl. E 801 §§ 4 und 7 Abs. 2 und E 810 § 4.

H2920 – 0006

H2920 – 0007

mögens obliegt der *Abteilung*[8]) „Treuhandstelle für das Generalgouvernement" im Amt des Generalgouverneurs[9]).

§ 2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen, insbesondere über die Pflicht zur Anmeldung[10]) des Vermögens des früheren polnischen Staates sowie die Behandlung von Rechten Dritter[11]) an dem Vermögen des früheren polnischen Staates und von Forderungen[12]) gegen dieses Vermögen, erläßt der Leiter der Abteilung *Treuhandstelle für das Generalgouvernement*[13]) im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Finanzen im Amt des Generalgouverneurs. Er ist befugt, die Durchführung seiner Anordnungen durch Strafvorschriften zu erzwingen[14]).

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung[15]) in Kraft.

Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete
Frank

---

[8]) Die „Treuhandstelle für das Generalgouvernement" (vgl. die Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das Generalgouvernement vom 15. November 1939, E 860) unterstand ursprünglich der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs (E 860 § 7), ist aber seit dem 27. Januar 1940 (Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 15. November 1939 über die Errichtung einer Treuhandstelle für das Generalgouvernement vom 24. Januar 1940, E 860 Note 10) eine selbständige Abteilung im Amt des Generalgouverneurs (vgl. A 120 Note 7); seit 24. März 1940 ist für die Ämter der Distriktschefs (A 120 § 5 Abs. 2) eine entsprechende Regelung getroffen (Zweite Verordnung über den Aufbau der Abteilung Treuhandstelle für das Generalgouvernement vom 16. März 1940, E 861). Die Abteilung im Amt des Distriktschefs führt die Bezeichnung „Abteilung Treuhand-Außenstelle".

[9]) Die „Verwaltung des Vermögens des polnischen Staates innerhalb der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete" hatte der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung und Beauftragte für den Vierjahresplan ursprünglich der durch Bekanntmachung vom 1. November 1939 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger 1939 Nr. 260) errichteten Haupttreuhandstelle Ost übertragen, die sich besonderer Treuhandstellen in Danzig, Posen, Zichenau, Kattowitz und Krakau bedienen sollte. Unter Bezugnahme auf diese Bekanntmachung wurde vom Generalgouverneur durch Verordnung vom 15. November 1939 die „Treuhandstelle für das Generalgouvernement" geschaffen (E 860 § 1).

Inzwischen ist durch die Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung und Beauftragten für den Vierjahresplan über die Haupttreuhandstelle Ost vom 12. Juni 1940 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger 1940 Nr. 139) der Geschäftsbereich der Haupttreuhandstelle Ost auf die eingegliederten Ostgebiete beschränkt (§ 6) und die Bekanntmachung über die Errichtung einer Haupttreuhandstelle Ost vom 1. November 1939 aufgehoben worden (§ 8 Satz 2).

[10]) Vgl. E 801 § 1.

[11]) Die (dinglichen) Rechte Dritter an dem Vermögen des früheren polnischen Staates sind am 9. Oktober 1940 erloschen (E 810 § 2 Abs. 2), soweit sie vor dem 20. November 1939 (Tag des Inkrafttretens der Verordnung vom 15. November 1939 — E 800 —) entstanden waren. Die Frage der Entschädigung ist besonderer Regelung vorbehalten (E 810 § 2 Abs. 2).

[12]) Hinsichtlich der (persönlichen) Forderungen gegen den ehemaligen polnischen Staat ist bisher noch keine Regelung ergangen.

[13]) Die ursprünglich der Abteilung Wirtschaft übertragene Zuständigkeit ist seit 27. Januar 1940 auf die Abteilung Treuhandstelle übergegangen (vgl. Verordnung vom 24. Januar 1940 zur Änderung der Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das Generalgouvernement, E 860 Note 3).

[14]) E 801 § 6.

[15]) 20. November 1939.

H2920 – 0008

vember 1939 (Verordnungsblatt GGP. S. 37) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsvorschrift vom 16. März 1940 (Verordnungsblatt GGP. II S. 175)[7]).

§ 4. Verfügungen[8]) über das im § 1 genannte Vermögen[9]) trifft der Leiter der Abteilung Treuhandstelle für das Generalgouvernement im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Finanzen im Amt des Generalgouverneurs[10]).

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung[11]) in Kraft.

Der Generalgouverneur
Frank

---

[7]) Zuständig zur Erfassung ist grundsätzlich die Abteilung Treuhandstelle für das Generalgouvernement (E 800 § 1 Abs. 2). Der Vorbereitung der Erfassung dient die Anmeldepflicht gemäß E 801 § 1.

Zuständig zur Verwaltung ist grundsätzlich die Abteilung Treuhandstelle für das Generalgouvernement (E 800 § 1 Abs. 2). Jedoch auch den Abteilungen im Amt des Generalgouverneurs und den nachgeordneten Stellen ihres Geschäftsbereichs sind wichtige Verwaltungsbefugnisse übertragen (E 801 §§ 2, 3 und 5).

Sonderrecht gilt a) für Erfassung und Verwaltung des durch militärische Stellen sowie durch Einheiten der Ordnungspolizei und bewaffneten SS beschlagnahmten Staatsvermögens (E 801 § 7 Abs. 2),

b) für Erfassung und Verwaltung des beschlagnahmten öffentlichen Kunstbesitzes (E 801 § 7 Abs. 1 in Verbindung mit E 845 § 4),

c) für Erfassung und Verwaltung des „Sondervermögens Ostbahn" (E 801 § 7 Abs. 2 in Verbindung mit H 100 § 3),

d) für Erfassung und Verwaltung des Vermögens der „Deutschen Post Osten" (E 801 § 7 Abs. 2 in Verbindung mit H 200 § 3).

Maßgebend für die Verwertung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates ist
a) E 801 § 4 für Veränderungen im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft,
b) E 810 § 4 für Verfügungen.

[8]) Verfügungen sind alle Rechtsgeschäfte, die unmittelbar die Übertragung, Belastung, Änderung oder Aufhebung eines Vermögensrechts bewirken.

Wegen der Rechtshandlungen, die tatsächlich eine Veränderung der beschlagnahmten Gegenstände und des Rechtes an ihnen bewirken (z. B. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung), siehe E 801 § 4 Satz 1. Sie bleiben im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zulässig. Einer besonderen Genehmigung bedarf es für solche (tatsächlichen) Veränderungen nicht.

[9]) Früher war maßgebend E 801 § 4. Hiernach bedurften
a) Verfügungen im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft keiner Genehmigung,
b) Verfügungen über diesen Rahmen hinaus der Genehmigung des Leiters der Abteilung Treuhandstelle für das Generalgouvernement, der hierüber im Benehmen mit dem Leiter der Abteilung Finanzen im Amt des Generalgouverneurs entschied.

[10]) Die Genehmigung kann allgemein im voraus für bestimmte Verfügungen (z. B. für Verfügungen im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft) erteilt werden.

[11]) 9. Oktober 1940.

E 810. Verordnung über das Eigentum an dem Vermögen des früheren polnischen Staates.

Vom 24. September 1940[1]).

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

§ 1. Das durch § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates innerhalb des Generalgouvernements[2]) vom 15. November 1939 (Verordnungsblatt GGP. S. 37) beschlagnahmte Vermögen wird[3]) Eigentum des Generalgouvernements[4]). Eine Rechtsnachfolge des Generalgouvernements wird hierdurch nicht begründet[5]).

§ 2. (1) Rechte Dritter an dem im § 1 genannten Vermögen erlöschen[6]), soweit sie vor dem 20. November 1939 entstanden sind.

(2) Ob und inwieweit für hierdurch entstehende Rechtsverluste den Betroffenen, insbesondere ausländischen Berechtigten, eine Entschädigung gewährt werden kann, bleibt späterer Regelung vorbehalten.

§ 3. Die Erfassung und Verwaltung des im § 1 genannten Vermögens richtet sich bis auf weiteres nach der Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates innerhalb des Generalgouvernements vom 15. No-

---

[1]) Verordnungsblatt GGP. I S. 313; in Kraft getreten am 9. Oktober 1940 (§ 5).

[2]) E 800.

[3]) Es handelt sich um ursprünglichen (originären) Eigentumserwerb kraft Gesetzes; vgl. Satz 2.

[4]) Für die eingegliederten Ostgebiete ist die Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 174) maßgebend (vgl. E 800 Note 3); § 8 daselbst erklärt während der Dauer der Beschlagnahme Zwangsversteigerungen, Zwangsverwaltungen und Zwangsvollstreckungen jeder Art in das beschlagnahmte Vermögen für unzulässig. Gleiches gilt für Vollziehung von Arresten und einstweiligen Verfügungen. Konkurs-, Vergleichsverfahren oder sonstige auf Befriedigung von Gläubigern gerichtete Verfahren finden nicht statt.

[5]) Aus dem Vermögenserwerb des Generalgouvernements als solchem können also persönliche Gläubiger des ehemaligen polnischen Staates keine Ansprüche gegen das Generalgouvernement herleiten. Hier bleibt eine besondere Regelung vorbehalten (vgl. E 800 § 2 Satz 1).

Wegen der dinglichen Ansprüche siehe § 2.

[6]) Die Verordnung vom 15. November 1939 (E 800) hatte das Schicksal dinglicher Rechte an dem Vermögen des ehemaligen polnischen Staates noch offen gelassen (E 800 § 2 Satz 1).

H2920 – 0009

E 845. Verordnung über die Beschlagnahme von Kunstgegenständen im Generalgouvernement.

Vom 16. Dezember 1939[1]).

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2077) verordne ich:

§ 1. Der gesamte öffentliche Kunstbesitz im Generalgouvernement wird zur Erfüllung gemeinnütziger öffentlicher Aufgaben beschlagnahmt[2]), soweit er nicht schon durch die Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates innerhalb des Generalgouvernements[3]) vom 15. November 1939 (Verordnungsblatt GGP. S. 37) erfaßt ist.

§ 2. Als öffentlicher Kunstbesitz gelten, abgesehen von den Kunstsammlungen und Kunstgegenständen, die Eigentum des ehemaligen polnischen Staates gewesen sind,

1. die privaten Kunstsammlungen, die durch den von mir eingesetzten Sonderbeauftragten für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze[4]) unter Denkmalsschutz gestellt werden,
2. der gesamte kirchliche Kunstbesitz, mit Ausnahme der für die täglichen liturgischen Handlungen erforderlichen Gegenstände.

§ 3. (1) Zum Zwecke der Feststellung, ob öffentlicher Kunstbesitz im Sinne dieser Verordnung gegeben ist, ist jeder private und kirchliche Kunstbesitz mit genauen Angaben über Art, Beschaffenheit und Stückzahl anzumelden[5]).

(2) Zur Anmeldung ist jeder verpflichtet, der solche Kunstgegenstände seit dem 15. März 1939 in Gewahrsam gehabt hat, in Gewahrsam hat oder über sie verfügungsberechtigt ist.

(3) Jeder ist verpflichtet, auf Anfordern wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen und sachdienliche Angaben zu machen.

§ 4. Der von mir eingesetzte Sonderbeauftragte für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze[6]) entscheidet im Zweifelsfalle, welche Kunstsammlungen und Kunstgegenstände im einzelnen nach den Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung als öffentlicher Kunstbesitz anzusehen sind. Er trifft auch die Entscheidung über etwa erforderliche Ausnahmen[7]).

---

[1]) Verordnungsblatt GGP. S. 209; in Kraft getreten am 16. Dezember 1939 (§ 7).
[2]) Die Beschlagnahme wirkte (wie die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates im Generalgouvernement — E 800) kraft Gesetzes.
[3]) E 800 § 1 Abs. 1.
[4]) § 4.
[5]) Die anmeldepflichtigen Gegenstände führt im einzelnen an § 2 der Ersten Durchführungsvorschrift vom 15. Januar 1940 (E 846). Die Anmeldefrist endete am 15. Februar 1940 (E 846 § 1).
[6]) Ihm obliegt auch die Verwaltung des beschlagnahmten Kunstbesitzes; die Erste Durchführungsvorschrift zur Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren polnischen Staates innerhalb des Generalgouvernements findet auf beschlagnahmte Kunstgegenstände keine Anwendung (E 801 § 7 Abs. 1).
Für die Verwertung gilt E 810 § 4.
[7]) Der Bescheid bedarf der Schriftform (E 846 § 3).

H2920 – 0010

E 846. Erste Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 16. Dezember 1939 über die Beschlagnahme von Kunstgegenständen im Generalgouvernement.

Vom 15. Januar 1940[1]).

Zur Durchführung der Verordnung über die Beschlagnahme von Kunstgegenständen im Generalgouvernement[2]) vom 16. Dezember 1939 (Verordnungsblatt GGP. S. 209) bestimme ich:

§ 1. Die im § 3 Abs. 1 der Verordnung angeordnete Anmeldung ist bis zum 15. Februar 1940 der Dienststelle des Sonderbeauftragten für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze[3]), Krakau, Bergakademie, zu erstatten.

§ 2. (1) Anzumelden sind Gegenstände von künstlerischer, kulturgeschichtlicher und geschichtlicher Bedeutung, die aus der Zeit vor 1850 stammen.

(2) Die Anmeldung erstreckt sich auf

a) Werke der Malerei,

b) Werke der Plastik,

c) Erzeugnisse des Kunstgewerbes (z. B. antike Möbel, Porzellan, Glas, Gold- und Silbergegenstände, Gobelins, Teppiche, Stickereien, Spitzen, Paramente usw.),

d) Handzeichnungen, Kupferstiche, Holzschnitte usw.,

e) seltene Handschriften, Musikhandschriften, Autogramme, Buchmalereien, Miniaturen, Drucke, Einbände usw.,

f) Waffen, Rüstungen usw.,

g) Münzen, Medaillen, Siegelstücke usw.

(3) Zu den im Abs. 2 angeführten Kunstgegenständen sind, wenn möglich, Angaben über den Meister, die Entstehungszeit, den Inhalt der Darstellung, die Maße und das Material (z. B. Holz, Leinwand, Bronze usw.) zu machen.

§ 3. Die im § 4 der Verordnung vorgesehene Entscheidung in Zweifelsfällen oder über etwa erforderliche Ausnahmen trifft der Sonderbeauftragte durch schriftlichen Bescheid. Der Bescheid ist endgültig.

§ 4. Mit der Durchführung der Verordnung werden wissenschaftliche Fachbeamte betraut.

Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete
Im Auftrag
Dr. Mühlmann

---

[1]) Verordnungsblatt GGP. II S. 61; in Kraft getreten am 7. Februar 1940 (A 120 § 10 Abs. 2).
[2]) E 845.
[3]) E 845 § 4

H2920 – 0011

H2920 – 0012

§ 5. (1) Mit Gefängnis wird bestraft,

1. wer es unternimmt, Kunstgegenstände zu verheimlichen, zu veräußern oder aus dem Generalgouvernement zu verbringen,
2. wer eine ihm nach dieser Verordnung obliegende Auskunft verweigert oder unrichtig oder unvollständig erteilt.

(2) Zur Aburteilung ist das Sondergericht[8]) zuständig.

§ 6. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften[9]) erläßt der Sonderbeauftragte für die Erfassung und Sicherung der Kunst- und Kulturschätze.

§ 7. Diese Verordnung tritt sofort[10]) in Kraft.

Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete
Frank

[8]) C 105 § 2 Abs. 1.
[9]) Siehe Erste Durchführungsvorschrift vom 15. Januar 1940 (E 846).
[10]) 16. Dezember 1939.

E 846

H2920 – 0013

Verordnung über Bergwerksgerechtsame und Bergwerksanteile im Generalgouvernement.

Vom 14. Dezember 1939.

Abgedruckt E510.

Verordnung über die Beschlagnahme von Anlagen, Einrichtungen und Gegenständen der Gewinnung und Weiterverarbeitung von Erdöl und Erdgas.

Vom 27. Juni 1940.

Abgedruckt E525.

Verordnung über die Beschlagnahme von Einrichtungen und Gegenständen der Mineralölwirtschaft im Generalgouvernement.

Vom 23. Januar 1940.

Abgedruckt E530.

Verordnung über die Einführung eines Mineralölmonopols.

Vom 20. Januar 1940.

Abgedruckt G460.

H2920 – 0014

USA -376
1773-PS

TRANSLATION OF DOCUMENT 1773-PS (Excerp
OFFICE OF U S CHIEF OF COUNSEL

Extracts from "Das Recht des Generalgouvernements" (Krakau, 1941)

E 8. Impounding of Valuables

E 800. Decree on the Sequestration of Property of the Former Polish State in the General Gouvernement. - 15 November 1939

On the basis of Article 5, section 1 of the decree of the Fuehrer and Reich Chancellor governing the administration of occupied Polish territory dated 12 October 1939 (RGBl I, page 2077), I issue the following order:

Article 1 - 1. All movable and stationary property of the former Polish State with accessories, including all demands, participation, rights and other interests inside the General Gouvernement, will be sequestered for the purpose of securing all manner of public valuables.

2. The seizure, administration, and utilization of the sequestered property is the duty of the department "Trusteeship for the General Gouvernement" in the office of the Governor General.

Article 2 - The director of the department "Trusteeship for the General Gouvernement"will in agreement with the director of the finance department in the office of the Governor General issue the regulations required to execute this decree, in particular on the duty to make a declaration of the wealth belonging to the former Polish State as well as the treatment of rights of third persons on the wealth of the former Polish State and of claims against this wealth.

Article 3 - This regulation will be effective on the day of its publication.

The Governor General for the Occupied Polish Territories

FRANK

. . . . . .

H2920 - 0015

E 810. Decree on the Right of Ownership of Wealth of the former Polish Territories. - 24 September 1940

On the basis of Article 5, section 1 of the decree of the Fuehrer and chancellor of the Reich of 12 Oct 1939 (RGBl I, page 2077) I issue the following order:

Article 1 - The property sequestered on the basis of Article 1, section 1 of the decree on the confiscation of the wealth of the former Polish State within the General Gouvernement of 15 Nov 39 (Verordnungsblatt GGP, page 37) will be transferred to the ownership of the General Gouvernement. A legal right of the General Gouvernement will not be established by this transaction.

Article 2 - 1. Rights of third persons in the property mentioned in Article 1 expire insofar as they existed before 20 November 1939.

2. It will be determined later on whether and to what extent an indemnification can be granted to persons, especially to rightful foreign claimants, for legal losses suffered through the action.

Article 3 - The seizure and administration of the property mentioned in Article 1 will be executed until further notice on the basis of the regulation on the confiscation of the wealth of the former Polish State within the General Gouvernement of 15 November 1939 (Verordnungsblatt, GGP, page 37) and of the first executionary decree issued on 16 March 1940 (Verordnungsblatt GGP II, page 175).

Article 4 - The director of the department "Trusteeship for the General Gouvernement" in agreement with the director of the finance department in the office of the governor general will be in charge of the property mentioned in Article 1.

Article 5 - This regulation will be effective on the day of its publication.

The Governor General

FRANK

. . . . . .

H2920 - 0016

H2920 - 0017

E 845. Decree on the Confiscation of Art Objects in the General Gouvernement 16 December 1939

On the basis of Article 5, section 1 of the decree of the Fuehrer and Chancellor of the Reich on the administration of the occupied Polish territories of 12 Oct 1939 (RGBl I, page 2077), I order the following:

Article 1 - All art objects in public possession in the General Gouvernement will be confiscated for the fulfillment of public tasks of common interest insofar as it has not already been seized under the decree on the confiscation of the wealth of the former Polish State in the General Gouvernement of 15 November 1939 (Verordnungsblatt GGP, page 37).

Article 2 - With the exception of art collections and art objects which were the property of the former Polish State, art objects will be considered as owned by the public:

1. private art collections which have been taken under protection by the special commissioner for the seizure and safekeeping of the art and cultural treasures,
2. all ecclesiastical art property with the exception of those objects required for the daily performance of liturgic actions.

Article 3 - 1. In order to determine whether art objects are public property in the sense of this regulation, every private and ecclesiastical art possession has to be registered with exact data on the kind, nature and number of pieces.

2. Everyone who possessed or at the present time is in possession of or else is entitled to dispose of such objects of art since 15 March 39, is obliged to register the same.

3. Everyone is obliged to make upon request truthful and appropriate statements.

Article 4 - The special commissioner appointed by me for the seizure and safekeeping of the art and cultural treasures will determine in cases of doubt what art collections and art objects in detail will have to be regarded on the basis of Article 2 of this regulation as public art property. He also will decide on the eventual necessary exceptions.

Article 5 - 1. He will be punished with imprisonment

1) Who undertakes to conceal, sell or remove objects of art from the General Gouvernement,

2) Who refuses or else gives incorrect or incomplete information required from him on the basis of this decree.

2. The special court is competent for the trial.

Article 6 - The special commissioner appointed for the seizure and safekeeping of the art and cultural treasures will issue the regulations necessary for the execution of this decree.

Article 7 - This regulation will be put into effect immediately.

The Governor General for the Occupied
Polish Territories

FRANK

. . . . . .

H2920 - 0018

E 846. First Enforcement Regulation for the Order of 16 December 1939 on the Confiscation of Art Objects in the General Gouvernement.

In order to execute the decree on the confiscation of art objects in the General Gouvernement of 16 December 1939 (Verordnungsblatt GGP, page 209), I order the following:

Article 1 - The registration decree in Article 3, section 1 of the regulation must be carried out by 15 February 1940 with the office of the special commissioner for the seizure and safekeeping of the art and cultural objects, Cracow, Bergakademie.

Article 2 - 1) Objects of artistic, cultural-historical and historical value which originate from the time before 1850, have to be registered.

2) The registration includes the following:

a) paintings
b) sculpture
c) products of handicraft (for instance antique furniture, china ware, glass golden and silver objects, Gobelins, rugs, embroideries, lace-work, paramento, etc.)
d) drawings, engravings, woodcuts, etc.
e) rare manuscripts, musical manuscripts, autographs, book-paintings, miniatures, prints, covers, etc.
f) weapons, armors, etc.
g) coins, medals, seals, etc.

3) Regarding the art objects mentioned in section 2, detailed information has to be given, if possible, on the master, the time of production, the contents of the representation, measurements and material (for instance, wood, canvas, bronze, etc.)

Article 3 - The special commissioner will send in writing his decision in doubtful cases or in the eventual necessary exceptions as provided for in Article 4 of the decree. The decision will be final.

Article 4 - Scientific experts will be entrusted with the execution of the decree.

The Governor General for the Occupied Polish Territories
By order:
Dr. MUEHLMANN

- - - - - - - - - -

CERTIFICATE OF TRANSLATION
OF DOCUMENT NO 1773-PS

16 October 1945

I, WILLARD EVANS SKIDMORE, Lt (jg) USNR, 391590, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and German languages; and that the above is a true and correct translation of the indicated excerpts of Document 1773-PS.

WILLARD EVANS SKIDMORE
Lt (jg) USNR
391590

H-2920

USA-376

(1773-PS)

USA 376 (1773-PS)

Filed Dec. 18, 1945

H2920-0019

USA 376 1A (1773-PS)

H2920-0020

"Das Recht des General Gouvernements"

~~Document~~ Found in Section 1A